

Im Konflikt zwischen Georgien und Russland ist die türkische Außenpolitik um Ausgleich und Vermittlung bemüht. Der Kriegeausbruch in unmittelbarer Nachbarschaft hat deutlich gemacht, wie instabil und unsicher die Situation in der Kaukasus-Region ist und welche politischen und wirtschaftlichen Folgen eine weitere Zuspitzung des Konflikts für die Türkei haben könnte.

Sowohl Georgien als auch Russland sind für Ankara wichtige Partner. Mit beiden Ländern gibt es eine Vielzahl von wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen, beide Länder haben für die Türkei strategische Bedeutung. Deshalb stellt sie das georgisch-russische Zerwürfnis vor ein Dilemma. Hinzu kommt, dass sie vor dem Hintergrund der zunehmend angespannten Beziehungen zwischen den beiden Großmächten USA und Russland nicht zwischen die Fronten geraten möchte. Für die Türkei ist der Kaukasus aus strategischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen traditionell ein wichtiges Gebiet. Ein wesentliches Prinzip der türkischen Außenpolitik für die Region ist die Stärkung und Unterstützung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit der Republiken im Südkaukasus, also Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Die Türkei gehörte zu den ersten Ländern, die die Unabhängigkeit dieser Republiken nach dem Zerfall der Sowjetunion anerkannt haben.

Mit Georgien hat die Türkei seit der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre enge

wirtschaftliche und politische Beziehungen aufgebaut. Rund hundert türkische Firmen sind in Georgien aktiv, hauptsächlich im Bauwesen, sie sollen insgesamt über sechshundert Millionen US-Dollar investiert haben. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern beträgt fast eine Milliarde Dollar im Jahr. Gemeinsame Großprojekte sind vor allem die seit 2005 zusammen mit Georgien und Aserbaidschan betriebene Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC), mit der Öl vom Kaspischen Meer zur türkischen Mittelmeerküste befördert wird. In diesem Jahr wurde der Ausbau eines gemeinsamen Schienennetzes von Kars über Tiflis nach Baku begonnen, das den internationalen Frachtverkehr nach Zentralasien, China und Indien anbinden soll. Auch auf militärischem Gebiet wird zusammengearbeitet: Die Türken leisten Hilfe bei der Ausbildung georgischer Einheiten, türkische Firmen haben sich an dem Ausbau zweier georgischer Militärstützpunkte auf NATO-Standard beteiligt – eines Luftwaffenstützpunktes und eines Stützpunktes der Marine. In Tiflis wurde mit türkischer finanzieller Unterstützung eine gemeinsame Militärakademie gegründet.

Mit Russland haben sich in den letzten Jahren vor allem die Wirtschaftsbeziehungen stark entwickelt. Die beiden Länder verbindet ein Handelsvolumen von siebenundzwanzig Milliarden US-Dollar. Sollte der Umfang des Handels in diesem Jahr – wie prognostiziert – achtunddreißig Milliarden Dollar erreichen,

würde Russland Deutschland als wichtigsten Handelspartner der Türkei ablösen. Russland ist vor allem als Energielieferant wichtig, über siebzig Prozent des Erdgases, das die Türkei insbesondere für die Produktion von Elektrizität benötigt, kommen aus Russland. Aber auch die Tourismusindustrie gewinnt rasant an Bedeutung: Jährlich kommen über 2,5 Millionen russische Touristen in die Türkei, im beliebten Badeort Antalya an der türkischen Mittelmeerküste haben die Russen mittlerweile die deutschen Urlaubsgäste zahlenmäßig überflügelt.

Unmittelbar nach dem Einmarsch russischer Truppen nach Südossetien und in Teile georgischen Kernlandes bekam die Türkei die Folgen zu spüren, als russische Grenzposten den Transit türkischer Lkw über Georgien nach Russland einschränkten und durch exzessive Zollkontrollen fast zum Stillstand brachten. Da die Lkw vor allem Ware mit kurzer Verderblichkeitszeit (Obst, Gemüse, Lebensmittel) transportierten, führte die bis zu einem Monat dauernde Wartezeit an der Grenze zu hohen Verlusten bei den türkischen Unternehmen. Der für Außenhandel zuständige Staatsminister drohte bereits mit Boykottmaßnahmen auf russische Güter, in der Zwischenzeit ist aber eine Lösung ausgehandelt worden.

Streben nach Stabilität

Der Umgang mit der Krise im Kaukasus stellt für das NATO-Land Türkei einen schwierigen Balanceakt dar. Die türkische Regierung versucht Georgien vor allem humanitär und durch Wiederaufbauhilfe zu unterstützen, ohne die Russen öffentlich hart zu kritisieren. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan reiste noch während des Krieges am 13. August 2008 mit Außenminister Ali Babacan und dem außenpolitischen Chefberater Ahmet Davutoğlu nach Moskau. Die Delegation kam mit Präsident Dimitrij Medwedew, Ministerpräsident Wladi-

mir Putin und Außenminister Sergej Lawrow zusammen. Ministerpräsident Erdoğan präsentierte seinen russischen Gesprächspartnern die Idee einer Stabilitätsplattform für den Kaukasus. Ziel dieser Kooperation soll vor allem die Festlegung eines Mechanismus zur Lösung und Vermeidung von Konflikten sein, um mehr Sicherheit und Stabilität in der Region zu schaffen. Einen Tag später reiste der türkische Regierungschef weiter nach Tiflis, wo er Präsident Saakaschwili in seine Initiative einweihte. Zugleich sicherte er dem georgischen Staatschef die türkische Unterstützung für die Einhaltung der territorialen Integrität Georgiens zu. Am 19. August schließlich traf die türkische Delegation in Baku ein, um auch Aserbaidschan für das Projekt zu gewinnen. Der von der Türkei unterbreitete Vorschlag einer Kaukasus-Allianz ist nicht neu. Bereits 1999 engagierte sich der damalige türkische Staatspräsident Süleyman Demirel für einen Stabilitätspakt für den Südkaukasus. Dieser Sicherheitspakt sollte die drei südkaukasischen Staaten, die drei Regionalmächte Russland, Türkei und eventuell auch Iran und als „interessierte Parteien“ die USA, die EU und die OSZE einbeziehen. Der Vorschlag wurde vor allem wegen der russischen Vorbehalte nicht realisiert.

Ob der jetzige Vorschlag einer Stabilitätsplattform für den Kaukasus Erfolg haben wird, ist fraglich. Eine derart mit Konflikten belastete Region kann schwer in einen Pakt zusammengefügt werden. Selbst die Türkei ist nicht unbeteiligt: Mit Armenien hat sie keine diplomatischen Beziehungen, die gemeinsame Grenze ist seit 1993 geschlossen. Der ungelöste Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach könnte schnell wieder in offene Kampfhandlungen münden und blockiert jegliche Kooperationsmöglichkeiten in der Region.

Auf dem Friedhof „Allee der Märtyrer“ am Rande der Hauptstadt Baku gedenkt Aserbaidshan der Opfer zweier bewaffneter Konflikte. Dort sind Tote aus dem von Armenien besetzten Berg-Karabach und Opfer des sowjetischen Einmarsches im Januar 1990 bestattet. Der ungelöste Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan blockiert sämtliche Kooperationsoptionen in der Region.

© dpa, Foto: Carsten Hoffmann



Trotzdem sollte die Initiative nicht ganz abgeschrieben werden. Die deutsche Bundesregierung unterstützt die vorgeschlagene Sicherheitsplattform, und auch andere EU-Staaten sind der Idee wohlgesinnt. Es ist offensichtlich, dass so etwas wie ein Stabilitätskonzept für die Region gebraucht wird. Keines der betroffenen Länder ist an einer weiteren Verschlechterung der Situation interessiert. Russland gibt sich zwar bislang eher skeptisch, und Georgien hat erklärt, solange sich russische Soldaten auf georgischem Gebiet befänden, könne es keine Verhandlungen geben. Eine offene Ablehnung des tür-

kischen Vorschlags ist aber bislang von keinem Land ausgesprochen worden.

Armenisch-türkische Annäherung

Klare Zustimmung für den Plan Ankaras ist von Armenien gekommen. In den türkisch-armenischen Beziehungen ist im Nachklang zur Georgien-Krise einiges in Bewegung gekommen. Bereits vor einigen Wochen nahm der armenische Staatspräsident Sersch Sarkissjan ein im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft anstehendes Qualifikationsspiel Türkei - Armenien zum Anlass, seinen türkischen Amtskollegen Abdullah Gül zum Sport-

ereignis am 6. September 2008 in die armenische Hauptstadt Eriwan einzuladen. Zwar gab sich das Präsidialamt in Ankara lange bezüglich einer möglichen Teilnahme Güls zurückhaltend, ließ dann aber kurzfristig doch die Reise des türkischen Präsidenten nach Armenien bestätigen. Es war der erste Staatsbesuch auf dieser Ebene in der Geschichte beider Länder.

Der Besuch Güls in Eriwan brachte zwar noch keinen Durchbruch für die angespannten und historisch belasteten bilateralen Beziehungen, war aber von hoher symbolischer Bedeutung. Der in der Delegation des türkischen Präsidenten mitgereiste Außenminister Babacan vereinbarte mit seinem armenischen Kollegen Schritte zur weiteren Fortsetzung der Gespräche. Bereits seit Juli 2008 trifft sich regelmäßig eine Runde ranghoher Diplomaten beider Länder in der Schweizer Hauptstadt Bern zu „Geheimverhandlungen“. Laut Zeitungsberichten werden Konditionen zur Bildung einer gemeinsamen Historikerkommission ausgelotet, die sich mit den Armenierverfolgungen im Osmanischen Reich zwischen 1915 und 1923 befassen soll. Die Armenier bezeichnen die Ereignisse als Völkermord, die türkische Seite bestreitet dies. Es sollen ebenfalls gemischte Arbeitsgruppen für wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen gegründet werden. Eine Normalisierung der Beziehungen und Öffnung der Grenzen wird von der Türkei jedoch mit einer Lösung des Karabach-Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan (das turksprachige Land ist ein enger Verbündeter der Türkei) bedingt. Auch hier sollen bei Verhandlungen in der dafür zuständigen Minsk-Gruppe der OSZE Fortschritte erreicht worden sein.

Kontrolle des Bosphorus

Im Zusammenhang mit der Georgien-Krise kam die Frage der Passage von NATO-Kriegsschiffen durch den Bosphorus ins Schwarze Meer wieder auf die

Tagesordnung. Die USA hatten als Reaktion auf den Konflikt zwei Kriegsschiffe und ein Boot der US-Küstenwache mit Hilfsgütern für Georgien durch die Meerenge in das Schwarze Meer geschickt. Da sich im Rahmen eines Marine-Manövers in der Zeit bereits mehrere NATO-Schiffe (unter anderem aus Deutschland, Polen und Spanien) im Schwarzen Meer befanden, hatte Russland Protest eingereicht. Der internationale Schiffsverkehr durch die Dardanellen, das Marmarameer und den Bosphorus wird seit 1936 durch den Vertrag von Montreux geregelt. Demnach ist der Frachtverkehr frei, Kriegsschiffe dürfen jedoch nur bis zu einer bestimmten Tonnage passieren. Schiffe aus Ländern, die nicht zum Schwarzmeerraum gehören, dürfen maximal drei Wochen im Schwarzen Meer bleiben. Die Türkei befürchtet, eine Aushebelung des Montreux-Abkommens könnte den Verlust der türkischen Kontrolle über die strategisch wichtigen Meerengen zur Folge haben.

Ein weiterer Anlass zur Sorge in der Türkei ist die Zukunft der geplanten Nabucco-Pipeline, mit der Gas aus Zentralasien über Georgien und die Türkei nach Europa geleitet werden soll. Dieses für Europa strategisch wichtige Projekt einer von Russland unabhängigen Erdgas-Leitung ist seit den georgisch-russischen Gefechten infrage gestellt. Wegen der erhöhten Sicherheitsrisiken werden vermutlich die Versicherungskosten für den Betrieb der Pipeline enorm steigen. Auch ist die erforderliche Auslastung mit Gas noch nicht ausreichend gesichert – vor allem Turkmenistan wird wohl die in Aussicht gestellten Kapazitäten wegen bereits eingegangener Lieferabkommen mit Russland und China nicht einhalten können. Die Türkei verhandelt seit einiger Zeit mit dem Iran über ein Erdgasabkommen, das die Versorgung deutlich verbessern würde. Dies stößt verständlicherweise auf scharfe Kritik der USA.